P r e s s e m i t t e i l u n g

**DKG zu den Ergebnissen der Bund- Länder-Gespräche**

**Pflegepersonal von Bürokratie entlasten**

Berlin, 07. Januar 2022 – Die deutschen Krankenhäuser reagieren mit Unverständnis, dass bei der Konferenz von Bundeskanzler und Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten keine Entscheidungen getroffen wurden, um die Krankenhäuser von bürokratischen Lasten zu befreien. Gerade in dieser Situation, in der zunehmend auch mit Personalengpässen aufgrund von Omikron gerechnet werden muss, müssen die Mitarbeitenden von medizinisch nicht notwendigen Dokumentationen entlastet werden. „Wir brauchen die Mitarbeitenden in der Versorgung und nicht, um Krankenkassen-Anfragen zu beantworten und MDK-Prüfungen zu bearbeiten. Einerseits entscheidet die Politik richtigerweise, dass die Quarantänezeit für nicht positiv getestete Kontaktpersonen die geimpft sind, reduziert wird, um Personalausfälle zu verhindern. Andererseits bindet sie aber weiter Arbeitskraft in überflüssigen Dokumentationen. Es ist unverständlich, dass die Politik diese Problematik der Krankenhäuser ausblendet. Ein Bürokratie-Lockdown würde nicht nur in den Kliniken, sondern auch beim Medizinischen Dienst wertvolle Personalressourcen freimachen, die zur Pandemiebekämpfung dringend an anderer Stelle gebraucht werden“ erklärte Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Um Personalengpässe abfangen zu können, muss auch Hilfspersonal organsiert werden. „Dazu fordern wir die Länder auf, die Koordination zu übernehmen. Es kann und darf nicht sein, dass jedes einzelne Krankenhaus selber organisieren muss, wo mögliches Personal akquiriert werden kann. Die Länder müssen Koordinierungsstellen einrichten, um sicherzustellen, dass die Hilfe wirklich da ankommt wo sie auch dringend von Nöten ist“ sagte Gaß.

Positiv bewerten die Kliniken die Ausweitung von 2Gplus. „Wir müssen durch Kontaktbeschränkungen das exponentielle Wachstum einschränken. Denn klar ist, auch wenn Omikron weniger Krankenhauseinweisungen verursacht als die Delta-Variante, bei einem unkontrollierten extremen Wachstum der Infiziertenzahlen sind die Krankenhäuser sowohl auf den Normalstationen als auch letztendlich auf den Intensivstationen überfordert“, so Gaß.

**Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.914 Krankenhäuser versorgen jährlich 20 Millionen stationäre Patienten und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 101 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.